

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

27.05.2020

An:
Frau Bürgermeisterin Sonja Leidemann

ggf. Nummer
35/V16

- Antrag** gemäß
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur **Beratung im:**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

nachrichtlich

Bürgermeisterin

Ausschußvorsitzende

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Fraktion WBG

FDP-Fraktion

Fraktion Bürgerforum

Fraktion Die Linke

Fraktion Die Piraten

Fraktion Witten Direkt

fraktionslose Ratsmitglieder

Fraktion Solidarität für Witten

Betreff

Hitzeaktionsplan

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Die Fraktion der Grünen würde gerne erfahren, ob die Stadt Witten bereits einen Hitzeaktionsplan erstellt hat, um die Bevölkerung und die eigenen Angestellten zu warnen und über gesundheitsfördernde Maßnahmen und Verhaltensweisen zu informieren. Gegebenenfalls bitten wir um eine Vorstellung des Planes.

Länger anhaltende Hitzeperioden treten immer häufiger auf und führen zu erheblichen Gesundheitsschäden und sogar Sterbefällen. Im Sommer 2003 sind in Deutschland ca. 7600 und europaweit ca. 70.000 Menschen an den Folgen der extremen Hitze (vorzeitig) verstorben. Es ist damit zu rechnen, dass die Anzahl der Tage mit Hitzewarnstufe 1 (gefühlte Temperatur steigt 2 Tage hintereinander über 32 Grad und kühlt sich nachts nur geringfügig ab.) oder Hitzewarnstufe 2 (schon am frühen Nachmittag steigt die gefühlte Temperatur über 38 Grad) in den nächsten Jahren erheblich zunimmt.

Von dieser Entwicklung sind besonders Alte und Pflegebedürftige bedroht, aber auch Kindertagesstätten oder Bevölkerungsgruppen, die körperlich im Freien arbeiten, z.B. die Beschäftigten des Grünflächenamtes müssen im Fall von extremer Hitze informiert werden und besondere Verhaltensmaßregeln befolgen, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden.

Hessen hat hierauf als erstes Bundesland reagiert, und die Betreuungs- und Pflegeaufsicht des Landes hat bereits 2004 einen verbindlichen Maßnahmenplan für stationäre Pflegeeinrichtungen aufgestellt. Wer sich beim Hitzetelefon der Stadt Kassel registriert, wird vor erwarteten Hitzeperioden telefonisch informiert und über Vorsichtsmaßnahmen gegen Überhitzung aufgeklärt. In NRW entwickelt die Stadt Köln seit Januar 2019 mit Unterstützung des BMU in einem Projekt einen sehr umfassenden Hitzeaktionsplan für Menschen im Alter.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jan Richter
Stv. Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. Ralf Schulz
Ratsmitglied